

Hamburger Bankbeamtenstreik.

WTB. Berlin, 16. August. (Eigene Drahtnachricht.) Am 14. u. 15. M. haben im Reichsarbeitministerium Verhandlungen stattgefunden, in denen Vertreter der Hamburger Bankbeamten und Angestellten der Hamburger Banken, sowie Vertreter der beiden Bankbeamtenvereine teilnahmen. Die Verhandlungen fanden unter dem Vorsitz eines Beamten des Reichsarbeitministeriums statt. Sie führten leider zu keinem Ergebnis, da zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Ein von dem Vorsitzenden gemachter Vermittlungsversuch wurde von der einen Partei abgelehnt, während die andere Partei geneigt war, den Vorschlag anzunehmen. Das Reichsarbeitministerium wird im Einverständnis mit dem Arbeitnehmern und Arbeitgebern numerisch einen Schlichtungsausschuss berufen, der in der Streitfrage die nächsten Woche Schlichtungsversuch machen wird.

Erntestreit in Blankenburg a. Harz.

WTB. Braunschweig, 16. Aug. Die Landarbeiter des Kreises Blankenburg am Harz sind, wie das „Blankenburger Kreisblatt“ berichtet, getrieben in den Streit getreten. Sie fordern höhere Löhne und Einführung eines Tarifes.

Verkehrsstreikgefahr in Amerika.

WTB. Amsterdam, 16. Aug. Das Professors Radio meldet aus Washington, daß ein Streik der Frachttransportarbeiter auf den Bahnen und Dampfschiffen, sowie der Angestellten auf den Schnellzügen und Bahnhöfen droht.

Aus der Pariser Streikbewegung.

WTB. Paris, 16. August. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Brüssel vom 15. ist die Gefahr eines Verkehrsstreiks noch nicht beseitigt. Das Telegramm schließt mit den Worten: „Der Streik wird morgen beginnen, wenn nicht in letzter Stunde eine Einigung erfolgt. Das Sanitätswesen, es handle sich um einen reinen Lohnstreik. Am Streik beteiligt sind die Arbeiter, Angestellten und Beamten von Eisenbahn, Post, Telegraphie, Telephon und Schifffahrt.“

Ein wahres Wort.

WTB. Berlin, 16. August. „Sumanita“ bringt einen Artikel unter der Überschrift: „Geduldlos in Fortritten“, der mit den Worten beginnt: „Mit ein halbes Jahrhundert haben die Deutschen vergeblich versucht, Fortritten zu erzwängen. Ein Jahr nach der Weltung werden die Franzosen sich rücken können, die Fortritte so weit gebracht zu haben, daß sie sich wieder nach der deutschen Herrschaft sehnen.“

Zur Ratifikation des Friedensvertrages in Amerika.

WTB. Amsterdam, 16. August. „Manchester Guardian“ meldet aus Washington: Eine zuverlässige Schätzung der Stimmverteilung im amerikanischen Senat ergibt, daß 41 Senatoren für die vorbeschriebene Annahme des Friedensvertrages sind; 31 sind unbedingt dagegen, wenn nicht einschneidende Änderungen vorgenommen werden. Ueber die Ansicht von 24 Senatoren bezüglich der von ihnen gewünschten Vorbehalte oder Auslegungen herrscht Unklarheit. Für die Ratifikation sind 64 Stimmen notwendig.

Die englische Freundschaft für Persien.

WTB. London, 16. August. (Reuter.) Nach Verhandlungen die neun aufeinanderfolgenden, wurde zwischen der persischen Regierung und Großbritannien ein Abkommen geschlossen, das England in die Lage setzt, Persien Unterstützung und Rat von Sachverständigen zuteil werden zu lassen, wodurch der Wiederaufbau des persischen Staates ermöglicht wird. Das britische Schatzamt erklärte sich bereit, der persischen Regierung einen Voranschlag von zwei Millionen Pfund Sterling zu gewähren, der durch die persischen Zölle sichergestellt werden soll. Das Gesamtergebnis der Vereinbarungen bedeutet nicht, daß Persien in irgendeiner Hinsicht in ein britisches Protektorat umgewandelt wird, sondern daß damit die Krisensicherheit und der wirtschaftliche Fortschritt beendet wurde.

Lloyd George wird über die englische Regierungspolitik sprechen.

Sass, 16. August. (Eigene Drahtnachricht.) Was London wird gemeldet: Lloyd George wird am Montag im Unterhaus vor Eintritt der Parlamentssitzung eine prinzipielle Erklärung über die Regierungspolitik abgeben. In einer Erklärung werden besonders die wirtschaftlichen Probleme, in erster Linie die Inflationsbewegung der Reichsbanknoten und anderer Anleihen einen breiten Raum einnehmen. Lloyd George wird darauf den Standpunkt der Regierung in der europäischen Krise und ihre Stellung in verschiedenen nationalen und internationalen Angelegenheiten darlegen.

Ernte Unruhen in Barcelona.

Sass, 16. August. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Meldungen französischer Blätter aus Madrid sind Unruhen in der Gegend wie in der Provinz, ganz besonders aber in Barcelona, Unruhen entsetzlicher Art ausgebrochen, die wiederholt zu blutigen Zusammenstößen geführt haben. Der Grund der Unruhen ist

ein neuer Fall Greter. Das Kriegsgericht in Barcelona verurteilte einen Arbeiter, der einen Polizeibeamten in der Notwehr getötet hatte, zum Tode. Das Urteil hat in den Arbeitkreisen eine ungeheure Entzündung hervorgerufen, da der Verurteilte ein Arbeiter war, der in der Notwehr getötet wurde. Es kam zu Demonstrationen gegen die Polizei, wobei die Polizei und das Militär wiederholt auf die Arbeiterhaft schossen. Beim Verhängnis eines Arbeiters, der von Polizisten ergriffen wurde, leisteten sich einige Arbeiter an. Die Polizei wollte die Führer des Bewegungsdurch eine bestimmte Strafe verurteilen, doch nahmen die Arbeiter den Fall auf die Schenken und bereiteten mit ihm durch die Straße. Die Polizei griff den Versuch an. Ein Handgemenge entstand. Der Fall ist auf Kosten, und über ihn entstand ein Streitgespräch zwischen Arbeitern und Polizei, bei welchem zahlreiche Personen getötet und viele verwundet wurden. Auch aus anderen Gegenden werden blutige Zusammenstöße gemeldet. Die Lage des Kabinetts soll durch diese Unruhen als erschüttert.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 16. August. 81. Sitzung. Am Regierungstische: Erberger, Dr. Wolf, Dr. David. Ein Antrag des sächsischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten auf Genehmigung der Strafverfolgung des Abgeordneten Geper (H. S.) wegen Verleumdung der deutschen Offiziere wird dem Antrage des Geschäftsausschusses entsprechend abgelehnt. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über

Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland.

Abg. Kappeler (Dem.): Wir sind selbstverständlich gern bereit, alle Maßregeln zu unternehmen, die geeignet sind, die Kapitalflucht zu unterbinden und, wenn möglich, wieder rückgängig zu machen. Als die Nachricht durch die Presse ging, es sei eine Umwälzung der Banknoten beabsichtigt, war die Folge ein ungeheurer Kapitalsturz. Abg. Dr. Kappeler (D. Vpt.): Wir werden das Gesetz annehmen, da

die Kapitalflucht mit allen Mitteln gehindert werden muß.

Man sollte die beabsichtigte Notnabstempelung nur nach nochmaliger genauer Prüfung der Frage vornehmen, ob dadurch nicht schwerer Schaden angerichtet wird.

Abg. Dr. Braun-Franke (Soz.): Wir stimmen für das Gesetz. Der allgemeine Zustand der Moral hängt mit dem Kriege zusammen und nicht, wie hier behauptet worden ist, mit der Revolution.

Reichsfinanzminister Erberger: Es handelt sich um ein schwer einschneidendes, aber auch notwendiges Gesetz, denn die Kapitalflucht, die in den letzten Monaten die erwartete Formen angenommen hat, macht rücksichtslos Gegenmaßnahmen erforderlich. Die schwierige und verantwortungsvolle Arbeit wird das Reichsfinanzministerium nicht nur in Verbindung mit allen anderen Ressorts, sondern auch mit den führenden Banken vornehmen. Gerade diesen muß Gelegenheit zur Stellungnahme vor der endgültigen Entscheidung gegeben werden. In der Veröffentlichung gewisser Nachrichten ist das Reichsfinanzministerium unerschuldigt. Diese Nachrichten

sind durch Indiskretion bekannt geworden.

Demnach kann ich es nicht als richtig anerkennen, daß dadurch der Sturz der Valuta erfolgt sein soll. In der letzten Zeit ist gerade von polnischer Seite eine große Masse Papiergeld auf den Markt gekommen. Die von der Reichsfinanzverwaltung beabsichtigten Maßnahmen können keinen Valutasturz herbeiführen, weil sie darauf gerichtet sind, die deutschen Werte zu heben. Alle gegen den Umtausch vorgebrachten Bedenken können uns nicht davon abhalten,

mit den härtesten Mitteln vorzugehen.

Es ist ein finanzielles und politisches Gebot, den Besitz für die Steuern restlos heranzuziehen.

Ein Schädigung des Wirtschaftens wird nicht eintreten, wohl aber eine sehr zu beklagende Steigerung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Währungscheine werden nicht ausgegeben werden. Wir wollen uns durch Kontingenzierung der neuen Noten behelfen. Richtigerungen durch Fälligkeiten des Stempels sind so gut wie gänzlich ausgeschlossen, da der für den Zweck eigens konstruierte Stempel nach der Meinung von Sachleuten nicht nachgemacht werden kann, wenigstens nicht innerhalb zwei Monaten, die als Abstemplungszeit zunächst in Betracht kommen. Die gesamte Währungsreform wird sich über einen sehr langen Zeitraum, vermutlich über Jahre, erstrecken. Ziel des Finanzministeriums ist:

das Kapital im In- und Auslande zu erfassen.

Ueber die mit dem Auslande zu treffenden Verhandlungen möchte ich keine Mitteilung machen. Ziel ist ferner: das versteckte Kapital zur Steuer zu zwingen ohne Schädigung des Wirtschaftens. Deshalb bitte ich um Annahme der Vorlage.

Damit schließt die Besprechung. Das Gesetz wird unter geringer Aenderung in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Auf Antrag Hampe (Dn.) erhält es die Überschrift: „Gesetz gegen die Kapitalflucht“. Die Vorlage über eine außerordentliche Kriegsabgabe und über eine Kriegsabgabe vom Per-

mogensatz nachs werden in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Grundbesitzsteuergesetzes.

Ein Antrag der Mehrheitspartei Solmann (Soz.) — Vorlage (Str.) — Falt (Dem.) will einen Paragraphen 7a einfügen, wonach die Steuer nur zur Hälfte erhoben wird, wenn der steuerpflichtige Betrag bei bebauten Grundstücken 20 000 Mark, bei unbebauten Grundstücken 5000 Mark nicht übersteigt.

Abg. Dr. Becker-Heßen (D. Vpt.): Wir haben bei der zweiten Beratung eigentlich den gleichen Antrag eingebracht und darauf hingewiesen, welche wohlwollende soziale Wirkung seine Annahme haben würde. Er wurde von den Mehrheitspartei abgelehnt, trotzdem sich leicht hätte, ihm mit einer Änderung in der von Ihnen gewünschten Form auszusprechen. Unsere Ermahnungen haben also etwas Gutes gewirkt, wenn der Antrag jetzt wieder eingebracht wird. Hoffentlich werden die Mehrheitspartei auch auf anderen Gebieten so reich unternehmen, wie es in diesem Falle geschehen ist. (Widerpruch links.) Grundmäßig haben Sie unseren Antrag bekräftigt; es finden dabei Millionen aus. Heute sehen Sie die Sache anders an, weil Sie sich überzeugt haben, daß Sie vor Ihre Wähler mit der Ablehnung eines sozialen Antrages nicht hintern können, dem Sie Ihre Zustimmung endgültig verweigert haben. Das wollte ich feststellen. Vielleicht ist es zweckmäßig und billig, wenn die Herren künftig auch auf unsere Anregungen eingehen.

Abg. Solmann (Soz.): Der Gedanke geht gar nicht von der Deutschen Volkspartei aus, sondern von uns, die wir ihn bereits 1909 vertreten haben.

Abg. Falt (Dem.): Ich muß in den Besizer überschuldender Grundeigentümer des Abgeordneten Beater einen Vermuthstropfen schütten. Bei den Besprechungen meiner Partei mit Zentrum und Sozialdemokraten über den vorliegenden Antrag ist mit keinem Wort die Rede von einem Antrag gewesen. Vielleicht mag er in dem Unterbewußtsein irgend eines Herrn geklammert haben.

Abg. Dr. Becker-Heßen (D. Vpt.): Die Wortredner scheinen nicht zu wissen, was in den Steuerzusammenhängen sich gegangen ist, wo dort nicht nur unsere Mitglieder, sondern auch die der Partei der äußersten Rechten sachlich, vielleicht nicht so erfolgreich gewirkt haben, wie die Demokraten, weil diese den Mehrheitspartei in inneren Verwandtschaft sind als wir. Aber unsere sachliche Mitarbeit ist nicht zu bestreiten.

Die Eröffnung des Artikels 7a wird beschlossen. Das Gesetz wird angenommen und die dazu eingegangenen Petitionen für erledigt erklärt.

Es folgt die dritte Beratung des Zündwarensteuergesetzes.

Vor der Abstimmung erklärt

Abg. Dr. Mumm (Dn.):

Wir können dem Gedanken der Monopolisierung nicht zustimmen,

trotzdem wir nicht grundsätzlich Gegner des Monopols sind. Demgemäß können wir uns nicht entschließen, für das Gesetz zu stimmen.

Das Gesetz wird angenommen und die Petitionen dazu für erledigt erklärt.

In dritter Beratung wird der Entwurf eines Spielartensteuergesetzes angenommen und die dazu eingegangenen Petitionen für erledigt erklärt.

Zu dem Bescheidnis von Petitionen, die um Aufhebung für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet sind, richtet

Abg. Thiele (Soz.): Vorsitzender der Petitionskommission, die Bitte an die Presse und an die gesamte Öffentlichkeit, mit allem Nachdruck, darauf hinzuwirken, daß die Nationalversammlung nicht, wie bisher,

mit Petitionen überflutet werde, für die sie unzuständig sei, oder bei denen der Instanzenweg nicht erschöpft sei, oder wo das nötige Beweismaterial fehle. Eine Reihe von Berichten des Petitionsausschusses über Petitionen wird darauf ohne jede Erörterung gemäß der Kommissionstränge erledigt.

Eine Petition auf Einführung einer Reichsinfernensteuer wird auf Antrag des Abg. Dr. Mumm (Dn.) dem 12. Ausschuss überwiesen, der die Umkehrvorlage zu beraten hat. Schluß 6 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung Montag, 10 Uhr: zweite Beratung der Gesetzentwürfe, betreffend die Entschädigung der Offiziere und Kapitulanten und die Ergänzung des Mannschaffsversorgungsgesetzes; zweite Lesung des Entwurfes einer Reichsabgabenordnung.

Erste Vollziehung des Reichsrates.

WTB. Weimar, 15. August. Heute fand unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Reichspräsidenten, Reichsministers des Innern Erberger, die erste öffentliche Vollziehung des Reichsrates statt. Die 24 deutschen Länder hatten ihre Vertreter entsandt, doch fehlte die Bildung des Reichsrates selbst, da der zunächst für die Berufung der Reichsräte erforderliche vorläufige Beschluß nicht. Sodann wurde einer Reihe von Entwürfen ausgemittelt.



Weinbrand Cognac

Goldstück

Jacob Stück Nachfolger Hanau am
Cognacbrennereien